Amt Stralendorf
Dorfstraße 30
19073 Stralendorf

Niederschrift
außerplanmäßigen öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Stralendorf

Sitzungstermin:	Montag, 09.05.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	Stralendorf, Sitzungssaal - Amtscheune, Dorfstraße 30, 19073 Stralendorf

Anwesend sind:

Amtsvorsteher
Herr Bodo Wissel
Amtsausschussmitglieder
Herr Manfred Bosselmann
Frau Gisela Buller
Frau Christel Deichmann
Herr Wilfried Deichmann
Herr Gerhard Evers
Herr Harry Heinrich
Herr René Kernen
Herr Hans-Jürgen Porath
Herr Daniel Pracht
Herr Helmut Richter
Frau Janett Rieß
Herr Jürgen Schacht
Herr Heiko Weiß
Frau Nicole Wolf
Verwaltung
Frau Nadja Bendsen
Herr Sven Borgwardt
Herr Peter Lischtschenko
Gäste
Frau Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow

Entschuldigt fehlen:

Amtsausschussmitglieder
Herr Dr. Rainer Dahlmeier
Herr Frank Gombert
Herr Ralph Nemitz
Frau Simone Reimann
Herr Manfred Richter
Herr Hartwig Schulz
Herr Volker Schulz
Herr Karl- Heinz Simann
Herr Michael Vollmerich
Herr Christian Wöhlke
Personalratsvorsitzende
Frau Rosemarie Jomrich

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2 Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 21.03.2011
4 Genehmigung der Tagesordnung
5 Einwohnerfragestunde gem. § 17 , Abs. 1 der KV
6 Anfragen der Amtsausschussmitglieder
7 Stadt-Umland-Gespräch mit der Oberbürgermeisterin von Schwerin, Frau A. Gramkow
8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**
Der Amtsvorsteher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**
Die Beschlussfähigkeit wird mit 15 von 25 Ausschussmitgliedern festgestellt.

zu 3 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 21.03.2011**
Die Sitzungsniederschrift vom 21.03.2011 wird einstimmig bestätigt.

zu 4 **Genehmigung der Tagesordnung**
Es liegen keine Änderungsanträge vor. Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 5 **Einwohnerfragestunde gem. § 17 , Abs. 1 der KV**
Es werden seitens der Einwohner keine Anfragen gestellt.

zu 6 **Anfragen der Amtsausschussmitglieder**
Es werden seitens der Amtsausschussmitglieder keine Anfragen gestellt.

zu 7 **Stadt-Umland-Gespräch mit der Oberbürgermeisterin von Schwerin, Frau A. Gramkow**

Der Amtsvorsteher begrüßt die Oberbürgermeisterin und erteilt ihr das Wort.

Frau Gramkow hat die Kritik des Amtsvorstehers und der Gemeinden dem Sonntagsblitz entnommen und möchte mit ihrem Besuch für einen Neustart gemeinsamer Arbeit werben. Die Oberbürgermeisterin bringt zum Ausdruck, dass sie Gespräche miteinander besser seien, statt übereinander zu reden. Aus dem gemeinsamen Gespräch im Vorfeld zwischen der Oberbürgermeisterin, dem Amtsvorsteher und dem Leitenden Verwaltungsbeamten entstand das Anliegen, gemeinsam mit den Amtsausschussmitgliedern über die derzeitige Situation zu sprechen.

Frau Gramkow berichtet, dass sie in den letzten Monaten im Amtsbereich Ostufer Schweriner See und in der Gemeinde Kirchstück intensive Gespräche über Kooperationsbeziehungen und freiwillige Eingemeindungen geführt hat. Die Landeshauptstadt ist bereit über freiwillige Kooperation und freiwillige Eingemeindung zu verhandeln. Mehrfach hebt Frau Gramkow hervor, dass es ihr um einen sachlichen Austausch auf Augenhöhe gehe.

Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit werden u.a. bei der Deponie Stralendorf, der Brücke im Siebendörfer Moor und einem gemeinsamen Radwegekonzept gesehen.
Frau Gramkow geht auf die sportliche und kulturelle Entwicklung der gesamten Region ein und verweist auf den Bau des Radweges von Raben Steinfeld nach Schwerin und die Brücke am Herrengraben als Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die Oberbürgermeisterin Frau Gramkow verdeutlicht, dass sie auch nach dem 04.09.2011 landespolitisch keine Mehrheit für Zwangseingemeindungen sieht. Eine neue Situation würde ihrer Meinung nach nur entstehen, wenn die Kreisgebietsreform vor dem Landesverfassungsgericht scheitert.

Frau Gramkow erwähnt, dass die Anzahl von Zuzügen nach Schwerin derzeit die Anzahl der Wegzüge übersteigt. Ebenfalls teilt sie mit, dass die Landeshauptstadt Schwerin pro Tag 25.000 Einpendler hat, die in Schwerin arbeiten aber nicht dort wohnen und 9.000 Auspendler, die in Schwerin wohnen, aber nicht arbeiten. Durch die hohe Anzahl von Einpendlern hat Schwerin ein großes, strukturelles Defizit. Ein Ausgleich, so die Oberbürgermeisterin, könne nur durch Eingemeindung oder durch einen Finanzausgleich erfolgen. Die vom Land eingeführte Stadt-Umland-Umlage helfe dabei nur wenig. Da das strukturelle Defizit sehr viel größer ist, kommen die 1,25 Millionen Euro gar nicht in der Stadtkasse an. Außerdem ist Sie für eine Zweckbindung der Umlage. Konnte sich damit aber leider nicht beim Gesetzgeber durchsetzten.

Die Oberbürgermeisterin stellt klar, dass der Entwurf des Rahmenplans für den Stadt-Umland-Raum, welchen die Landesplanung im Frühjahr vorlegte, nicht aus der Landeshauptstadt Schwerin kommt. Die Landeshauptstadt ist wie die 24 Umlandgemeinden nur mit dem erarbeiteten Konzept konfrontiert worden. Herr Wissel stellt noch einmal klar, dass die freiwillige Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung dieses Rahmenplans in der vorliegenden Fassung nicht von den Gemeinden unterzeichnet werden kann. Frau Gramkow sieht auch Änderungsbedarf.

Laut einem Pressebericht soll Frau Gramkow bedauert haben, dass der Innenminister bei der Kreisgebietsreform nicht den politischen Mut gehabt habe, gleichzeitig ein Gesetz für Zwangsfusionen von Gemeinden vorzulegen. Entsprechend erfragt Herr Dr. Pracht, ob das immer noch die Auffassung von Frau Gramkow ist und ob Sie in der Presse richtig zitiert wurde. Weiterhin erfragt Herr Dr Pracht, ob Frau Gramkow wirklich eine

politische Mehrheit für Zwangseingemeindungen ausschließt. Ebenfalls interessiert Herrn Dr. Pracht mit welchen Gemeinden Frau Gramkow auf vertraglicher Basis Fusionsgespräche geführt hat.

Frau Gramkow gibt keine konkrete Auskunft mit welchen Gemeinden verhandelt und Vertragsangebote ausgetauscht wurden. Die Oberbürgermeisterin sieht keine politische Mehrheit für Zwangseingemeindungen, wenn die Kreisgebietsreform und das Ergebnis der Enquete-Kommission zu den Gemeindestrukturen Bestand hat.

Frau Deichmann fehlt der Glaube, dass man die Diskussion Zwangseingemeindungen ausschließen kann. Sie erfragt, ob evtl. Altschulden von der Landeshauptstadt Schwerin von hinzukommenden Bürgern der Umlandgemeinden mitgetragen werden müssten.
In den Stadt-Umland-Gesprächen hatte die Gemeinde Holthusen in dem Themenkomplex Verkehr angeregt, die Radwegeverbindung zwischen der Straßenbahnendhaltestelle Neu Pampow und dem Bahnhof Holthusen zu installieren und evtl. Buchholz einzubinden. Nun wird durch die Stadt Schwerin überraschend der alte Dömitzer-Postweg reaktiviert.

Die Oberbürgermeisterin nimmt die konkrete Anfrage von Frau Deichmann zur Klärung mit in die Stadtverwaltung und wird hier auf eine Antwort drängen. Schwerin hat ein strukturelles Defizit von ca. 20 Mio.€, das heißt, wenn Bürger der Umlandgemeinden hinzukommen, müssen diese auch Altschulden von der Landeshauptstadt Schwerin mittragen.

Herr Wissel weist daraufhin, dass es bei Zwangseingemeindungen aber auch freiwilligen Eingemeindungen zu erheblichen, finanziellen Mehrbelastungen für den Bürger kommt z.B. durch höhere Steuern in der Stadt.
Frau Gramkow merkt an, dass der Zeitraum für die Anpassung der Hebesätze verhandelbar sei.

Durch die Bürgermeisterin Frau Deichmann wird erfragt, ob die Landeshauptstadt Schwerin Wasser- und Bodenverbandsbeiträge erhebt. Hierzu äußert Frau Gramkow, dass die Landeshauptstadt auch entsprechende Wasser- und Bodenverbandsbeiträge erheben muss.

Herr Bosselmann geht auf die Historie ein. Viele sind seit 20 Jahren Gemeindevertreter und kennen die Entwicklung von Anfang an. Das Thema Eingemeindungen besteht bereits seit dem 1991 und entsprechend ist das Misstrauen entstanden. Der Rahmenplan für den Stadt-Umland-Raum wird von vielen Gemeinden abgelehnt. Wittenförden könnte ihm zustimmen, wenn der Gemeinde eine weitere Entwicklung bei Wohnen und Gewerbe zugestanden wird. Mit der derzeit festgeschriebenen Regelung kann Wittenförden nicht leben.

Frau Gramkow ist dafür, über diesen Sachverhalt zu diskutieren. Sie merkt an, dass die Landeshauptstadt nicht vom Thema Eingemeindung abrücken kann, da es einen Beschluss der Stadtvertretung hierzu gibt. Eine Zwangseingemeindung könne aber nur durch den Gesetzgeber erfolgen.

Frau Wolf erklärt, dass Pampow dem Kooperationsvertrag durch die starke Einschränkung jeglicher Entwicklungsmöglichkeiten nicht zustimmen kann. Ebenfalls wird die Oberbürgermeisterin nach der Umsetzung und den Vorstellungen zum ÖPNV gefragt.

Hierzu äußert Frau Gramkow, dass die Stadt Schwerin ebenfalls den Rahmenplan durch das Amt für Raumordnung per Post erhalten hat. Bei Fragen zum ÖPNV bittet Frau Gramkow um eine Beratung in der

Landeshauptstadt Schwerin.

Herr Wissel erfragt die Vorstellungen von Frau Gramkow, wie das Ungleichgewicht der Steuersätze ausgeglichen werden soll z.B. bezahlen Bürger des Umlandes weniger Grundsteuern und Gewerbetreibende niedrigere Hebesätze).

Entsprechend äußert Frau Gramkow, dass wenn eine Gemeinde Interesse an einer Fusion haben sollte, es eine rechtliche Übergangsregelung geben wird.

Zum Abschluss teilt Frau Gramkow den Amtsausschussmitgliedern mit, dass sie mindestens 2 Mal im Jahr die ehrenamtlichen Kollegen aus dem Umland zu Gesprächen einladen möchte. Projekte für die gemeinsame Region, wie die anstehende Neufassung der Tourismuskonzeption, können so gemeinsam voran gebracht werden.

zu 8 **Sonstiges**

Herr Wissel weist daraufhin, dass am 10. September 2011 von 09:00 Uhr – 13:00 Uhr im Amt Stralendorf ein entgeltfreies Seminar zum „Neuen Kommunalen Haushaltsrecht MV“ (Doppik) angeboten wird und bittet um rege Teilnahme des Ehrenamtes.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender

Schriftführer